

## Niederschrift

### Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ferienausschusses

am Donnerstag, 26.08.2021 von 16:00 Uhr bis 17:06 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus,  
D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Als Berichterstatter waren anwesend:

Hr. Amtsleiter Köstlinger, Tiefbauamt

Hr. Amtsleiter Sedlmeier, Amt für Stadtentwicklung

Anwesende:

Herr Michael Achmann -  
Herr Dr. Thomas Burger -  
Herr Stefan Christoph -  
Herr Jürgen Eberwein -  
Frau Irmgard Freihoffer -  
Frau Anna Hopfe -  
Frau Dagmar Kick -  
Frau Gertrud Maltz-Schwarzfischer -  
Herr Thomas Mayr -  
Frau Gabriele Opitz -  
Herr Günther Riepl -  
Herr Benedikt Suttner -  
Herr Erich Tahedl -  
Herr Marcus Troidl -  
Herr Joachim Wolbergs -

Abwesende:

Herr Erhard Brucker - unentschuldigt  
Frau Ariane Weckerle - Vertretung: Hr. Stadtrat Sarik

Abwesende Stadratsmitglieder bei einzelnen Tagesordnungspunkten (Abstimmung):

Frau Irmgard Freihoffer TOP 2

## Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Städtische Sportanlage Ost (Guerickestraße), Erneuerung der Laufbahn um Platz 1;  
Maßnahmenbeschluss  
Vorlage: VO/21/18192/53  
Berichtersteller/in: Bürgermeisterin Dr. Freudenstein
  
- 3 REGENSBURG\_NEXT: Umsetzung des Förderprojektes "Modellprojekte Smart Cities:  
Stadtentwicklung und Digitalisierung" des BMI nach Zusage - Maßnahmenbeschluss-  
Vorlage: VO/21/18205/R11  
Berichtersteller/in: Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Prof. Dr. Barfuß  
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
  
- 4 Mittelgenehmigungen gemäß Art. 66 und 67 GO für das Haushaltsjahr 2021  
Vorlage: VO/21/18200/20  
Berichtersteller/in: Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Prof. Dr. Barfuß
  
- 5 Ersatz eines LKW's mit Ladekran durch einen LKW mit elektrisch betriebenem  
Ladekran für den Kanalunterhalt, Stadtentwässerung  
Vorlage: VO/21/17626/65  
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
  
- 6 Kanalsanierung "Gebiet Stahlzingerweg" - BA IV Stahlzingerweg, Weitoldstraße,  
Am Judenstein, St.-Leonhards-Gasse  
Vorlage: VO/21/18198/65  
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
  
- 7 Sonderfonds "Innenstädte beleben" - Einrichtung eines Projektfonds  
und weitere Maßnahmen  
Vorlage: VO/21/18237/66  
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
  
- 8 Regensburg bleibt Sicherer Hafen - Aufnahme von Ortskräften und Aktivist\*innen  
aus Afghanistan;  
Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2021  
Vorlage: VO/21/18290/D1  
Berichtersteller/in: Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer
  
- 9 Anfragen
  - 9.1 Anfrage 1: Verkauf des Pürkelguts  
Fragesteller: Hr. Stadtrat Christoph
  
  - 9.2 Anfrage 2: Fassadenarbeiten am Privat-Gymnasium PINDL  
Fragesteller: Hr. Stadtrat Suttner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

#### **Diskussion:**

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verweist, die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen habe einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Regensburg bleibt sicherer Hafen – Aufnahme von Ortskräften und Aktivist\*innen aus Afghanistan“ eingereicht. Dieser sei an alle Ausschussmitglieder verteilt worden.

Hr. Stadtrat Christoph führt aus, die Taliban hätten inzwischen große Teile Afghanistans sowie die Hauptstadt eingenommen. Eine gefahrlose Ausreise sei nicht mehr möglich. Für viele Menschen bestehe jedoch Lebensgefahr aufgrund der Verfolgung durch das islamistische Regime. Nun hätten einige bayerische Städte mittels offizieller Schreiben an die Landes- und Bundesregierung ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Denn ein schnelles Handeln sei vonnöten. Auch die Stadt Regensburg solle sich dem anschließen. Die Angelegenheit sei zweifelsfrei dringlich und müsse heute behandelt werden.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagt, sie lasse nun über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Daraus ergebe sich eine etwaige Ergänzung der Tagesordnung. Sie hält fest, die Eilbedürftigkeit werde einstimmig befürwortet. Somit werde das Anliegen als Punkt 8 in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung aufgenommen.

zu 2      **Städtische Sportanlage Ost (Guerickestraße), Erneuerung der Laufbahn um Platz 1;  
Maßnahmenbeschluss  
Vorlage: VO/21/18192/53**

**Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt:

- Die Leichtathletikanlage an der Sportanlage Ost an der Guerickestraße wird – wie im Sachverhalt beschrieben – im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel saniert.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme baldmöglichst unter Einbeziehung der Fördermittel des Bundes und des Landes zu verwirklichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:      einstimmig

**zu 3      REGENSBURG\_NEXT: Umsetzung des Förderprojektes "Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung" des BMI nach Zusage - Maßnahmenbeschluss-Vorlage: VO/21/18205/RII**

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Achmann äußert, die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße das Vorhaben sowie die ausführliche Beschlussvorlage. Viele spannende Projekte sollten nun begonnen werden. Dem Thema „Smart City“ werde verwaltungsintern viel Raum gegeben. Er möchte wissen, ob das auf politischer Ebene ebenfalls passieren könne. Beispielsweise wäre ein Ausschuss für Digitales wünschenswert. Damit würden die Maßnahmen referats- und ämterübergreifend gebündelt.

Fr. Stadträtin Freihoffer erinnert, sie habe schon zum Grundsatzbeschluss im März dieses Jahres diverse Änderungsanträge eingebracht. Diese seien abgelehnt worden. Nach wie vor fordere sie die konsequente Beachtung der Datensparsamkeit sowie den Einsatz von Open Source. Mündliche Bekenntnisse hierzu seien nicht ausreichend. Allerdings würden die erwähnten Aspekte weiterhin nicht in befriedigender Art und Weise berücksichtigt. Gewiss würden die Begriffe „Datensicherheit“ und „digitale Souveränität“ verwendet. Auch Politiker/-innen bedienten sich gern solcher Schlagwörter. Doch kaum jemand wisse deren nähere Bedeutung. Auf jeden Fall müsse eine Datennutzung durch private Firmen verhindert werden. Laut Sachverhalt sollten sogenannte digitale Zwillinge erstellt werden. Leider werde die Problematik dabei nur ungenügend beschrieben. Im Übrigen werde nicht zwischen „Digitalisierung“ und „Smart City“ differenziert. Diese Begriffe seien keineswegs identisch. Für Erstes engagiere sie sich seit langem. Beispielsweise befürworte sie die Digitalisierung des Stadtarchivs. Bislang gebe es hierzu aber keine verstärkten Bemühungen. Insgesamt herrsche in Bezug auf die Digitalisierung ein großer Nachholbedarf bei der Stadt Regensburg. Ferner werde „Smart City“ oft mit einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Quartieren in Verbindung gebracht. Erklärungen dazu fehlten jedoch häufig. Etwa die Aussage „Smart City befördert konsequent die Ziele der Stadtentwicklung“ sei wenig greifbar. Weitere Konkretisierungen blieben trotzdem aus. Gleiches gelte für die Passage „Die Smart City Strategie bildet die Klammer für digitale Transformation und ermöglicht gemeinsame, aktive und selbstbestimmte Gestaltung der smarten, zukunftsfähigen Stadt“. Augenscheinlich würden der Technik hinter „Smart City“ wundersame Fähigkeiten zugeordnet. Sie glaube kaum, dass diese Erwartungen erfüllt werden könnten. Keineswegs lehne sie die Smart-City-Maßnahmen vollständig ab. Allerdings müssten zunächst unbedingt die Problemfelder formuliert und Lösungsansätze hierfür überlegt werden. Erst anschließend dürfe mit dem Sammeln der Daten begonnen werden. Auch die Nutzer/-innen müssten aufgeklärt werden. Diese hätten meistens keine Ahnung über den tatsächlichen Datengebrauch durch Dritte. Eine Verwertung durch private Firmen passiere stets im Hintergrund. Andere Städte hätten damit bereits schlechte Erfahrungen gemacht. Das dürfe sich in Regensburg keinesfalls wiederholen. Dem Beschlussvorschlag werde sie jedenfalls nicht zustimmen. Zuletzt verweist sie, im Ferienausschuss am 29.04.2020 sei von Beteiligungsprozessen die Rede gewesen. Sie hakt nach, ob und wann die Bürger/-innen eingebunden würden.

Hr. Stadtrat Dr. Burger sagt, die Aufnahme in das Förderprogramm sei sehr erfreulich. Das Thema „Smart City“ sei eine große Herausforderung und beinhalte viele Bausteine. Einer davon sei z. B. die Digitalisierung. Dieser essentielle Standortfaktor verbessere sowohl die Lebensqualität als auch die wirtschaftliche Situation. Beides sei für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Regensburg von hoher Bedeutung. Mittels des Pilotprojektes könne nun einiges in die Wege geleitet werden. Das sei ein großer Fortschritt. Außerdem folgten weitere Einzelheiten sicherlich noch. All das koste natürlich Geld. Daher sei die Aussicht auf finanzielle Zuwendungen vorteilhaft. Den Ergebnissen sehe er gespannt entgegen.

Hr. Stadtrat Eberwein pflichtet bei, die Auswahl als Modellkommune sei positiv. Trotz der

knappen Zeit habe die Verwaltung eine hervorragende Bewerbung präsentieren können. Darin werde die Entwicklung einer Datenkultur – Open Data, Open Source, Sicherheit und Datenschutz – als zentraler Bestandteil aufgeführt. Die Kritik von Frau Stadträtin Freihoffer könne er daher nicht nachvollziehen.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bemerkt, gewiss sei „Smart City“ nicht mit dem Begriff „Digitalisierung“ gleichzusetzen. Letzteres sei nur ein Bestandteil der Gesamthematik. Schlussendlich umfasse „Smart City“ die intelligente Nutzung sämtlicher Möglichkeiten zur Aufwertung der Lebensqualität in einer Stadt. Die Bildung eines gesonderten Ausschusses erachte sie als unnötig. Ein solcher würde nicht über die notwendige vielfältige Expertise verfügen. Stattdessen müssten die einzelnen Sachverhalte in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden. Als übergeordnetes Gremium für wegweisende Entscheidungen fungiere ohnehin der Stadtrat.

Tatsächlich werde in den Unterlagen nicht ausdrücklich die Datensparsamkeit benannt. Jedoch sei die Wichtigkeit dieses Punktes im Rahmen vieler Diskussionen betont worden. Für bestimmte Projekte seien z. B. Datensicherheit, -sparsamkeit, -verfügbarkeit, -transparenz und Open-Source-Lösungen zum Teil sogar eine Fördervoraussetzung. Insgesamt seien negative Auswirkungen für die Stadtentwicklung oder die Bevölkerung keineswegs gewollt. Die Förderzusage sei in der Tat begrüßenswert. Damit könnten viele Projekte entwickelt werden. Das betreffe sowohl ohnehin unabwendbare als auch komplett neue Maßnahmen. Das sei ein großer Gewinn für die Stadt. Der Prozess solle zunächst mit fünf Modellprojekten beginnen. In jedem werde eine angepasste Bürgerbeteiligung erfolgen. Immerhin sei das eine der Grundlagen der Smart-City-Strategie.

Fr. Stadträtin Freihoffer bemerkt, ihre zahlreichen Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge bezüglich Datensparsamkeit und Open-Source-Software hätten bislang nie eine Mehrheit gefunden. Laut den Ausführungen der Oberbürgermeisterin werde auf diese Belange unweigerlich Wert gelegt. Das erscheine ihr widersprüchlich zum Abstimmungsverhalten bei ihren Anliegen. Sie fragt, warum die Ansuchen pauschal abgewiesen würden anstatt die Absicht konkret festzuhalten. Frühere Beschlussvorlagen hätten jedenfalls keinerlei Angaben zur Datensparsamkeit enthalten. Dabei sei das enorm wichtig. Erfahrungswerte anderer Städten zeigten die Gefahren von Smart-City-Projekten auf.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer denkt, die Debatte sei nicht zielführend. Die erwähnten Aspekte seien im Ausgangsbeschluss ohnehin impliziert gewesen. Deswegen seien die Änderungsanträge nicht mitgetragen worden. Gleiches gelte für den heutigen Folgebefschluss. Bei der Realisierung der einzelnen Vorhaben werde dann vertieft auf die Details eingegangen.

## **Beschluss:**

1. Der Ferienausschuss nimmt vom Bericht der Verwaltung Kenntnis und beauftragt die Stadtverwaltung nach Maßgabe des Sachverhaltes und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mit der Umsetzung des Modellprojektes REGENSBURG\_NEXT auf Basis des Aufrufs „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ und der grundsätzlichen Zusage des BMI.
2. Der Ferienausschuss beschließt, dass die Verwaltung den notwendigen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die als Projektträger die Abwicklung für das BMI übernimmt, einreicht.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Maßgabe des Sachverhaltes und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Projektorganisation vorzubereiten und die personellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Modellprojektes REGENSBURG\_NEXT zu schaffen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: mit Stimmenmehrheit  
Ablehnung: Fr. Stadträtin Freihoffer

**zu 4 Mittelgenehmigungen gemäß Art. 66 und 67 GO für das Haushaltsjahr 2021  
Vorlage: VO/21/18200/20**

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Christoph führt aus, die Genehmigung der Mittel für den „Kultursommer 2021“ sei besonders erfreulich. Die Menschen wollten wieder am kulturellen Leben teilhaben. Das gelinge aktuell am besten draußen. Denn dort sei das Ansteckungsrisiko geringer. Der „Kultursommer 2021“ sei jedenfalls ein gelungenes Konzept.

## **Beschluss:**

1. Der Ferienausschuss entscheidet,

für die in den Anlagen 1 bis 1a beschriebenen Einzelzwecke über- bzw. außerplanmäßige Mittel im

**Verwaltungshaushalt i. H. v. insgesamt 630.000,00 €**

sowie im

**Vermögenshaushalt i. H. v. insgesamt 0,00 €**

und im

**Vermögenshaushalt – Verpflichtungsermächtigungen –  
i. H. v. insgesamt 149.000,00 €**

zu genehmigen.

Die Deckung erfolgt sowohl durch Mehreinnahmen, Minderausgaben als auch durch eine Minderverpflichtungsermächtigung.

2. Der Ferienausschuss nimmt Kenntnis von den in Anlage 2 beschriebenen Mittelbereitstellungen **i. H. v. insgesamt 98.741,44 €**.

## **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig

zu 5        **Ersatz eines LKW's mit Ladekran durch einen LKW mit elektrisch betriebenem Ladekran für den Kanalunterhalt, Stadtentwässerung**  
Vorlage: VO/21/17626/65

**Beschluss:**

Der Ferienausschuss beschließt:

Für den Kanalunterhalt wird folgende Ersatzbeschaffung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durchgeführt:

- Ersatzbeschaffung für den LKW mit Ladekran, Kennz. R-2529, Bj. 2007 (2-Achser) durch einen LKW mit elektrisch betriebenem Ladekran (Plugin-Hybrid)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        einstimmig

zu 6        **Kanalsanierung "Gebiet Stahlzwingerweg" - BA IV Stahlzwingerweg, Weitoldstraße,  
Am Judenstein, St.-Leonhards-Gasse**  
Vorlage: VO/21/18198/65

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Achmann bemerkt, nach den Bauarbeiten müsse die Oberfläche wiederhergestellt werden. Er erkundigt sich, wie diesbezüglich verfahren werde.

Hr. Köstlinger legt dar, die Sanierung erfolge überwiegend unterirdisch mithilfe von Schlauchlinern. Aufgrabungen seien nur vereinzelt notwendig. Danach werde der ursprüngliche Bodenbelag wiederaufgebaut. Ein Umbau der gesamten Straßenoberfläche wäre unwirtschaftlich. Deshalb werde von einer Neugestaltung abgesehen.

**Beschluss:**

Der Ferienausschuss beschließt:

Der Mischwasserkanal in den Straßen Stahlzingerweg (von der Hausnummer Stahlzingerweg 9 bis zur Kreuzung Weitoldstraße), Weitoldstraße, Am Judenstein und St.-Leonhards-Gasse ist nach Maßgabe des Sachverhalts und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einschließlich der Anschlusskanäle, Straßenentwässerungsleitungen und Schächte zu sanieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        einstimmig

**zu 7      Sonderfonds "Innenstädte beleben" - Einrichtung eines Projektfonds  
und weitere Maßnahmen  
Vorlage: VO/21/18237/66**

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Christoph stellt fest, ein Marktkonzept für die Innenstadt solle erarbeitet werden. Die Stadtratsfraktion Brücke habe kürzlich einen neuen Marktstandort in der Altstadt beantragt. Das Anliegen habe der Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen jedoch abgelehnt. Er möchte wissen, wie die Vorgänge miteinander vereinbar seien. Auch in der Zeitung sei schon von diesem Widerspruch berichtet worden.

Außerdem solle eine Eislaufbahn auf dem Neupfarrplatz entstehen. Er hinterfrage allerdings, ob eine künstliche Eislaufbahn im Freien zeitgemäß sei. Immerhin solle diese zumindest klimaneutral betrieben werden.

Überdies habe die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Problematik mit Leerständen bereits aufgegriffen. Konkret sei eine systematische Erfassung der Leerstände sowie deren Zuführung zu einer Nutzung angestrebt worden. Leider sei das Ansinnen vom Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen mehrheitlich missbilligt worden. Nun sei plötzlich die Bildung eines städtebaulichen Leerstandsmanagements sowie die vorübergehende Anmietung leerstehender Räumlichkeiten angedacht. Das verwundere ihn. Laut den damaligen Aussagen gehöre die Weitervermietung von Immobilien bzw. Ladengeschäften nicht zu den Aufgaben der Stadtverwaltung. Obendrein sei von einem gesunden bzw. kaum nennenswerten Leerstand gesprochen worden. Zweifellos erachte er die Absichten als positiv. Dennoch überrasche ihn der Sinneswandel. Noch vor wenigen Monaten sei das Vorhaben vehement abgewiesen worden. Gewiss hätten sich die Rahmenbedingungen seither nicht geändert. Sondern die damaligen Gegenargumente seien schlichtweg fadenscheinig gewesen. Andernfalls dürften einige Stadtratskollegen/-innen den heutigen Vorschlag gar nicht mittragen.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer berichtet, damals sei erläutert worden, dass sich das Amt für Wirtschaft und Wissenschaft bereits um Leerstände kümmere. Insbesondere sei diesbezüglich auf der/die Altstadtkümmerner/-in tätig. In den letzten Jahren habe so dem aufgetretenen Leerstand gut entgegengewirkt werden können. Zum Zeitpunkt der Diskussion sei die Position der/des Altstadtkümmers/-in aber vakant gewesen. Deshalb habe sie für ein Abwarten bis zur Wiederbesetzung plädiert. Denn die Schaffung von Parallelstrukturen wäre wenig zielführend gewesen. Inzwischen sei eine Einstellung erfolgt. Eine Verknüpfung zu den geplanten Maßnahmen sei vorgesehen. Zusätzliche Arbeitsplätze würden nämlich nicht geschaffen.

Ferner sei die Anmietung und Vermittlung privater Leerstände für Zwischennutzungen nach wie vor keine kommunale Aufgabe. Doch mit dem Sonderfonds „Innenstädte beleben“ würden genau solche Konzepte gefördert. Die Chance auf diese Gelder wolle man nicht streichen lassen. Damit sei aber keine Institutionalisierung verbunden. Sondern der aktuelle Wandel solle bestmöglich begleitet werden. Denn in der Altstadt sei der Handel weiterhin Hauptakteur. Trotzdem beanspruche dieser nicht mehr so viel Platz wie früher. Für die freien Räume müssten neue Verwendungsmöglichkeiten gefunden werden. Glücklicherweise habe die Corona-Pandemie die Erhöhung der Leerstandsquote in Regensburg nicht enorm beschleunigt. In anderen Städten sei die Situation durchaus schwieriger. Nach wie vor könne die örtliche Quote als einigermaßen gesund bezeichnet werden.

Darüber hinaus bestehe – zumindest formell – bereits ein Tagesmarkt auf dem Neupfarrplatz. Leider fehlten dafür bislang genügend Anbieter/-innen. Deshalb sei der Forderung der Stadtratsfraktion Brücke nicht nachgekommen worden. Im Zuge dieser Debatte sei ebenfalls auf eine vorhandene Stelle und Überlegungen zum Marktgeschehen verwiesen worden. Mit der Aufgabe habe zwischenzeitlich eine Person betraut werden können. In der Gesamtschau sei ein Marktkonzept unerlässlich. In den Stadtvierteln herrschten nämlich andere Bedingungen für Wochenmärkte. Dieses Förderprogramm hingegen unterstütze speziell Aktivitäten in

der Innenstadt. Insofern sehe sie hier keinen Gegensatz.

Hr. Stadtrat Wolbergs findet, die Erklärungen seien weiterhin unglaubwürdig. Im Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen habe der Marktmeister berichtet. Demnach sei ein Tagesmarkt in der Regensburger Innenstadt kontraproduktiv. Dafür gebe es weder einen Bedarf noch Betreiber/-innen. Zudem existiere offenbar schon eine Art Viktualienmarkt. Andererseits könne nach einem Zitat der städtischen Pressesprecherin in der heutigen Tageszeitung vielleicht mithilfe der Zuwendungen ein Viktualienmarkt entstehen. Er hakt nach, wie die Sachlage nun tatsächlich sei.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer unterbricht, damals sei auf das zu erstellende Marktkonzept aufmerksam gemacht worden. Darin werde dieses Thema behandelt.

Hr. Stadtrat Wolbergs widerspricht, das Marktkonzept werde sich nicht primär auf die Innenstadt beziehen. Stattdessen werde eher ein Marktgeschehen in den Stadtteilen fokussiert. Allerdings erschwere ein Tagesmarkt in der Altstadt wiederum die Bedienung der dezentralen Märkte. Das habe die Oberbürgermeisterin bei der damaligen Debatte gesagt. Die jetzt angedachten Maßnahmen passten nicht zu diesen Behauptungen.

Im Übrigen würden mit den umfangreichen Zuschüssen keine neuen Aktionen initiiert. Vielmehr würden bereits geplante Vorhaben umgesetzt und aus staatlichen Mitteln bezahlt. Das Vorgehen sei in Ordnung. Ein Teil der Maßnahmen sei zudem als freiwillige Leistung zu verstehen. Das treffe etwa auf die Mitfinanzierung der Eislaufbahn oder die Anmietung sowie die Vermittlung freier Einzelhandelsflächen zu. Doch anscheinend erachte der Freistaat Bayern diese Angelegenheit als gemeindliche Aufgaben. Sonst würden dafür wohl keine Fördergelder ausgelobt.

Des Weiteren werde ein Leerstandsproblem stets bestritten. Das sei nicht korrekt. Natürlich herrschten in Regensburg viele Leerstände vor. Die Lage verschärfe sich außerdem. Die Idee der vorübergehenden Anmietung leerstehender Räumlichkeiten sei keinesfalls neu. Dementsprechend hätte längst agiert werden müssen. Die Position der/des Altstadtkümmers/-in wäre dafür nicht entscheidend gewesen.

Er plädiert, guten Vorschlägen aus der Mitte des Stadtrates solle offener begegnet werden. Eine pauschale oder fragwürdige Ablehnung sei verfehlt.

Fr. Stadträtin Freihoffer pflichtet bei, ständig würden kluge Absichten zurückgewiesen. Diese Vorgehensweise missfalle ihr. Gerade die Anregung zum Leerstandmanagement sei sinnvoll gewesen.

Ansonsten bitte sie zur begehbaren Wasserfläche um nähere Erläuterung. Zudem sei die Errichtung eines Mobilitätsbüros vorgesehen. Sie fragt, welche Aufgaben diesem zugesprochen würden. Ferner seien Einnahmen für Bauliche Investitionen für Zwischennutzungen in Höhe von 120.000 EUR veranschlagt. Sie erkundigt sich, ob dieser Betrag die Erträge aus Weitervermietungen oder die Fördergelder widerspiegle. Sie vermute letzteres.

Fr. Stadträtin Kick merkt an, die Eislaufbahn auf dem Neupfarrplatz solle klimaneutral betrieben werden. Sie interessieren die Details hierzu. Obendrein wolle sie den Standort der begehbaren Wasserfläche wissen.

Hr. Stadtrat Suttner teilt mit, die staatlichen Zuwendungen sollten der Belebung von Innenstädten dienen. Bedauerlicherweise würden die Erreichbarkeit der Altstadt und die Mobilität kaum aufgegriffen. Er hakt nach, was der Grund dafür sei. In Zukunft sollten die Menschen verstärkt den Umweltverbund und nicht mehr das Auto nutzen. Dazu habe der Stadtrat schon weitreichende Beschlüsse gefasst. Mithilfe des Sonderfonds werde nun lediglich eine Studie zur Integration innerstädtischer Stadtbahnhaltestellen erwogen. Das hänge zwar im weitesten Sinne mit Mobilität zusammen. Doch direkte Auswirkungen gingen damit in nächster Zeit nicht einher.

Außerdem forscht er nach, welchen Zweck das Mobilitätsbüro erfülle. Ein solches solle seines Wissens im Rahmen der Planungen zur Stadtbahn in der Hemauerstraße verankert werden. Dieses Vorhaben müsse unbedingt vorangebracht werden. Dagegen erachte er die

Bereitstellung der Eislaufbahn als fragwürdig. Offenbar werde deren Existenz von zahlreichen Geschäftsleuten als sinnvoll beurteilt. Viele Städte schufen derartige Freizeiteinrichtungen mittlerweile. Allerdings sei der Ansatz weder innovativ noch klimaneutral. Selbst die Verwendung von Ökostrom werde letztem keineswegs gerecht. Gewiss seien über die Zweckmäßigkeit unterschiedliche Auffassungen vertretbar. Seiner Meinung nach gebe es jedenfalls bessere Optionen zur Generierung einer höheren Besucherfrequenz. Insgesamt werde er den Beschlussvorschlag aber mittragen.

Hr. Sedlmeier legt dar, heute sei eine Ideensammlung vorgelegt worden. Daraus würden sukzessive konkrete Aktionen erarbeitet. Jedoch sei der Zeitplan relativ knapp: Die Fördergelder müssten spätestens nächstes Jahr investiert werden. Ursprünglich sei mit einem längeren Zeitraum für die Umsetzung gerechnet worden.

Eine Eislaufbahn sei bereits im April mit der „Offensive Altstadt“ verabschiedet worden. In der frequenzschwachen Zeit von Januar bis März 2022 solle am Neupfarrplatz ein Besuchermagnet entstehen. Das sei ein ausdrücklicher Wunsch der Interessensgemeinschaft Faszination Altstadt e.V. gewesen. Nun werde lediglich die Finanzierung umorganisiert. Anstatt städtischer Gelder sollten die staatlichen Zuschüsse eingesetzt werden.

Die begehbare Wasserfläche solle der Bodensprinkleranlage auf dem Ernst-Reuter-Platz ähneln. Vermietet werde das mobile Element von einem Regensburger Unternehmen. Ein konkreter Standort stehe noch nicht fest. Jedenfalls solle damit während der Sommermonate ein attraktiver Aufenthaltsort geschaffen und das Klima verbessert werden. Bislang sei das Vorhaben an fehlenden Mitteln gescheitert. Mithilfe des Sonderfonds werde nun eine Verwirklichung möglich.

Gemeinhin werde seit längerem ein Marktkonzept für die Gesamtstadt gewollt. Dessen Anfertigung habe sich aufgrund personeller Engpässe bisher verzögert. Ein zentraler Bestandteil werde die Altstadt sein. Denn der Sonderfonds greife nur für diesen Bereich. Mit den Mitteln hieraus solle die Entwicklung nun vorangetrieben werden. Schließlich würden regionale Erzeugnisse sowie Bio-Produkte zunehmend an Bedeutung gewinnen. Das könne für die Belieferung der Altstadt durchaus eine Rolle spielen. Daher werde das Marktkonzept durchaus als Diskussionsgrundlage benötigt.

Darüber hinaus sei die dargestellte Aufteilung der Zuschüsse nicht abschließend. Die Beträge seien in Anbetracht der Realisierungen variabel einsetzbar. Erst am Ende des Projektzeitraums würden bei den einzelnen Maßnahmen die konkreten Summen ersichtlich.

Ferner sei kein aktives umfassendes Leerstandsmanagement geplant. Dafür sei die Stadt nicht zuständig. Nichtsdestotrotz würden jährlich im September die Leerstände in der Altstadt erfasst. Etwaige Handlungsoptionen hieraus würden außerdem genutzt. Daneben solle nun eine Immobilie für ein Jahr angemietet werden. Dort könne eventuell das Mobilitätsbüro erprobt werden. Dieses sei eigentlich im Zuge der Mobilitätsdrehscheibe vorgesehen. Denkbar seien z. B. die Unterbringung von Aufbewahrungsmöglichkeiten, eines Fahrradverleihs oder die Bereitstellung allgemeiner Informationsmaterialien über Regensburg. Die ersten Überlegungen würden nach dem heutigen Beschluss konkretisiert. Starten könne das Projekt frühestens im Dezember. Denn der Mietvertrag und eventuelle Umbaumaßnahmen stünden bislang aus.

Des Weiteren sei ein Quartiersmanagement stets ein wichtiges Element der Städtebauförderung bzw. von Sanierungsmaßnahmen in Innenstädten. Daher werde ein städtebauliches Innenstadtmanagement eingerichtet. Dieses werde sowohl den Altstadtkümmerner als auch örtliche Organisationen unterstützen und ergänzen.

Bezüglich der Erreichbarkeit der Altstadt seien die Möglichkeit aufgrund des einjährigen Projektzeitraums schlichtweg begrenzt. Mit dem Mobilitätsbüro in zentraler Lage solle diesem Aspekt zumindest teilweise Rechnung getragen werden. Besucher/-innen könnten sich über alternative Fortbewegungsmöglichkeiten informieren.

Hr. Stadtrat Wolbergs denkt, einige Aktivitäten seien unsinnig. Die Gelder sollten z. B. statt in eine temporäre begehbare Wasserfläche besser in eine dauerhafte Installation fließen. Auch eine Studie zu innerstädtischen Stadtbahnhaltestellen sei sehr theoretisch. Immerhin seien die allgemeinen Planungen für die Stadtbahn noch gar nicht allzu weit fortgeschritten. Darüber hinaus wäre die Eislaufbahn sowieso gemacht worden. Die Verwendung der staatlichen

Mittel hierfür solle lieber nicht öffentlich ausgesprochen werden. Andernfalls würden vielleicht Schwierigkeiten mit dem Fördergeber ausgelöst. Ferner sei ein Markt für die Innenstadt bereits abgelehnt worden. Nun werde darüber nachgedacht; dieser Sachverhalt solle in das Marktkonzept einfließen. Das sei widersprüchlich. Als einzig wesentlicher Punkt blieben die aktiven Bemühungen um ein Leerstandsmanagement. Den Leerständen in historischen Innenstädten müsse mit Kultur und Wohnen begegnet werden. Das sei inzwischen einhellige Meinung vieler Kommunen. Daher solle sich der Schwerpunkt aller Aktivitäten bewusst auf ein städtisches Leerstandsmanagement konzentrieren. Sicherlich ließen sich damit gelungene und niedrigschwellige Lösungen erzielen.

Fr. Stadträtin Freihoffer bemerkt, im Mobilitätsbüro solle auf alternative Verkehrsmöglichkeiten hingewiesen werden. Sie bezweifle die Notwendigkeit dieser Aufgabe. Immerhin seien die Gäste bereits mit irgendeinem Verkehrsmittel in die Innenstadt gelangt.

Bezüglich der begehbaren Wasserfläche hege sie ebenfalls Bedenken. Sie glaube nicht, dass damit die beschriebenen Effekte erreicht würden.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erläutert, in erster Linie solle die Frequenz in der Altstadt erhöht werden. Dazu dienten unter anderem die begehbare Wasserfläche sowie die Eislaufbahn. Ein städtebauliches Innenstadtmanagement halte sie ebenfalls für zielführend. Das gehe im Übrigen über ein Leerstandsmanagement hinaus. Für letzteres sei ohnehin der Altstadtkümmerer verantwortlich. Dieser ermittle Leerstände und unterstütze soweit als möglich bei der Suche nach neuen Nutzungen. Dazu würden immer wieder umfassende Gespräche mit Eigentümern/-innen geführt. Doch die Stadt könne die Bespielung der Handelsflächen letztlich nicht beeinflussen. Sondern die Geschäftsleute und die Vermieter/-innen müssten sich einigen. Die Struktur in der Regensburger Altstadt mit zahlreichen kleineren, speziellen, inhabergeführten Läden sei ein Glücksfall. Diese müssten sich aber ebenso der Zeit anpassen. Der Onlinehandel nehme nun einmal immer stärker zu. Zugleich solle die Attraktivität der Innenstadt erhöht werden. Denn je mehr Menschen in die Innenstadt kämen, desto mehr Kundschaft könne ggfs. generiert werden. An dieser Intension müsse gemeinsam mit allen Akteuren/-innen vor Ort gearbeitet werden. Damit beschäftige sich das städtebauliche Innenstadtmanagement. Der Sonderfonds erlaube letztlich eine Anschubfinanzierung für einen längeren Prozess. Die Wirksamkeit der Maßnahmen werde später natürlich evaluiert. Sie bekräftigt, die Stadt Regensburg sei nicht für die Vermietung von Leerständen verantwortlich. Vielmehr müsse der Standort Altstadt weiterentwickelt werden. In diesem Sinne würden bestimmte Vorhaben angestoßen und unterstützt. Anstrengungen in dieser Richtung würden bekanntlich seit Jahren unternommen. Als Beispiel führe sie abermals den Altstadtkümmerer an. Zudem gebe es im DEGGINGER Pop-Up-Stores. Auch Zwischennutzungen seien immer wieder realisiert worden. Dafür müssten aber eben alle Beteiligten ihre Zustimmung erteilen.

Hr. Stadtrat Tahedl eruiert, ob die Instandsetzung der städtischen Brunnen sowie die Errichtung von Trinkwasserbrunnen gefördert werde. Immerhin würden langfristige baulich-investitive Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bezuschusst.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, das halte sie für denkbar. Solche Vorschläge könnten sicherlich in das Konzept eingespeist werden. Die städtischen Brunnen würden aktuell ohnehin sukzessive saniert. Die Forderung nach mehr Wasserflächen bestehe seit langem. Vor allem im Zuge der Bürgerbefragung zur Obermünstergasse sei das oft genannt worden. Deren Neugestaltung könne übrigens weder heuer noch nächstes Jahr erfolgen.

Hr. Sedlmeier wendet ein, förderfähig sei nur die Neuanlage von Brunnen. Reparaturen seien außen vor.

Hr. Stadtrat Christoph meint, er sehe den Vorhaben – insbesondere zum Leerstandsmanagement – gespannt entgegen. Neben Wasserflächen wirkten sich übrigens auch Fassadenbegrünungen positiv auf das Klima aus. Ihn interessierten hierzu die Handlungsoptionen im

Rahmen des Sonderfonds. Womöglich seien derartige Maßnahmen aber im Umgriff des Altstadt-Ensembles sowieso schwierig.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer versichert, sämtliche Anregungen würden aufgenommen.

Hr. Stadtrat Suttner weiß, zahlreiche Altstadtkaufleute wollten ihr Liefersystem modernisieren. Schließlich werde der Versand von Waren immer bedeutender. Er fragt, ob dieser Aspekt ebenfalls einbezogen werden könne.

Hr. Sedlmeier erwidert, verbesserte Rahmenbedingungen für den Einzelhandel seien selbstverständlich ein wichtiger Belang. Dafür gebe es entsprechende Ansätze. Eine Erleichterung sei evtl. mittels zentraler Anlieferstellen vorstellbar. Das könne in die Erwägungen inkludiert werden.

## **Beschluss:**

Der Ferienausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten bzw. noch auszuarbeitenden und über den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ förderfähigen Maßnahmen zur Stärkung der Regensburger Innenstadt im Zeitraum 2021 und 2022 umzusetzen.
2. Die für die Einzelmaßnahmen in 2021 erforderlichen Haushaltsmittel werden über- bzw. außerplanmäßig gemäß der Darstellung im Sachverhalt bereitgestellt. Die Mittelbereitstellungen werden durch Veranschlagung im 2. Nachtragshaushaltsplan 2021 abgelöst. Die in 2022 erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan 2022 eingestellt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        einstimmig

zu 8            **Regensburg bleibt Sicherer Hafen - Aufnahme von Ortskräften und Aktivist\*innen aus Afghanistan;**  
**Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2021**  
**Vorlage: VO/21/18290/D1**

**Diskussion:**

Fr. Stadträtin Hopfe erläutert den beiliegenden Antrag.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer schildert, die Lage sei dramatisch. Das gelte sowohl für die Hauptstadt Kabul als auch für ganz Afghanistan. Eine Aufnahmebereitschaft habe sie gegenüber dem Bayerischen Innenminister bereits geäußert. Zusätzlich habe sie an den Bundesinnenminister ein Schreiben gerichtet. Im Grunde genommen seien gesonderte schriftliche Bekenntnisse einzelner Städte nicht notwendig. Denn das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ habe den Willen zur Unterstützung im Namen aller Mitglieder gegenüber der Bundeskanzlerin erklärt. Diese Vorgehensweise sei mit den Landeskoordinatoren abgestimmt worden. Darüber hinaus stehe die Stadtbau GmbH in Kontakt mit der Hilfsorganisation Space-Eye e.V. Gemeinsam werde im Moment die Ertüchtigung renovierungsbedürftiger, aktuell leerstehender Wohnungen geprüft. Dort könnten eventuell Geflüchtete untergebracht werden. Weitere Forderungen lägen nicht in kommunaler Hand. Immerhin habe der Bund ein humanitäres Aufnahmeprogramm und versuche alles, um den Menschen eine sichere Heimkehr zu ermöglichen.

Offenbar hätten die Taliban signalisiert, Ausreisen auch nach Abzug der Truppen zu gewähren. Das habe sie gestern in den Medien gelesen. Die Belastbarkeit oder die Verlässlichkeit dieser Aussage könne sie nicht beurteilen. Die Stadtverwaltung habe sich jedenfalls bereits bestmöglich engagiert. Sie nimmt an, der Antrag sei durch den Bericht der Verwaltung erledigt.

Fr. Stadträtin Hopfe bestätigt dies durch Kopfnicken.

Der Antrag ist durch Bericht der Verwaltung erledigt.

**zu 9.1      Anfrage 1: Verkauf des Pürkelguts**  
**Fragesteller: Hr. Stadtrat Christoph**

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Christoph merkt an, kürzlich habe die Presse über einen möglichen Verkauf des Schlosses Pürkelgut berichtet. Offenbar wolle ein umstrittener Tierarzt das Anwesen erwerben. Er möchte wissen, ob die Stadt Regensburg die Geltendmachung eines Vorkaufsrechts erwogen habe. Vielleicht habe sich die Verwaltung auch bewusst dagegen entschieden. In diesem Fall würden ihn die Gründe dafür interessieren. Seiner Auffassung nach solle das Pürkelgut nämlich einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden. Im Stadtoften existierten ohnehin zu wenig Grünflächen für die Bevölkerung.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, die Anfrage werde in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet.

**zu 9.2      Anfrage 2: Fassadenarbeiten am Privat-Gymnasium PINDL**  
**Fragesteller: Hr. Stadtrat Suttner**

**Diskussion:**

Hr. Stadtrat Suttner beschreibt, in der Dr.-Johann-Maier-Straße würden derzeit Arbeiten an der Außenfassade des Privat-Gymnasiums PINDL durchgeführt. Das Gerüst rage bis in den Geh- und Radweg hinein. Somit sei dieser gesperrt worden. Das entsprechende Schild sei jedoch an einer ungünstigen Stelle platziert. Die Passanten/-innen nähmen die Sperre zu spät wahr. Das sorge für Ärger und unnötige Umwege. Daher regt er an, die Situation für die Fahrradfahrer/-innen solle verbessert werden. Diese sollten frühzeitig umgeleitet werden. Beispielsweise könne schon an der Ampel am Platz der Einheit in die Prebrunnallee geführt werden.

Fr. Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer äußert, eine mögliche Änderung der Verkehrsführung werde begutachtet.

## Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ferienausschusses der Stadt Regensburg am  
Donnerstag, 26.08.2021

Die Vorsitzende schloss die Sitzung um 17:06 Uhr.

Die Niederschrift umfasst                      Blätter.

Regensburg, 26.08.2021

Vorsitz

Schriftführerin

---

Gertrud Maltz-Schwarzfischer  
Oberbürgermeisterin

---

Kathrin Kellerer